

II-9519 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4819 1J

1989 -12- 21

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Partik-Pablé,
Haigermoser, Murer, Moser
an den Bundesminister für Inneres
betreffend die Zusammenlegung von Gendarmerieposten

Laut jüngsten Ankündigungen werden im kommenden Jahr rund vierzig kleinere Gendarmeriedienststellen aufgelassen und anderen Posten einverleibt. Diese Maßnahme soll insbesondere der Einsparung von Betriebskosten dienen.

Dennoch stößt die Zusammenlegung verständlicherweise auf erheblichen Widerstand der betroffenen Bevölkerung.

So ist anzunehmen, daß durch eine Zentralisierung der Dienststellen die öffentliche Sicherheit nicht hinreichend gewährleistet werden kann.

Nach der Zusammenlegung hätten die einzelnen Postenkommanden außerordentlich große Territorien zu überwachen. Aus diesem Grunde müßten bei allfälligen Einsätzen weite Wegstrecken zurückgelegt werden.

Hinzu kommt, daß große Dienststellen erfahrungsgemäß die Schwellenangst des Schutzsuchenden erhöhen und somit keinesfalls zur angestrebten "Bürgernähe" beitragen.

Da die Zusammenlegung der Gendarmerieposten lediglich sicherheitspolitische Probleme aufwirft und wohl kaum den Standard der öffentlichen Sicherheit erhöht, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Können Sie ausschließen, daß die Zusammenlegung der Gendarmerieposten sich nachteilig auf die öffentliche Sicherheit der betroffenen Region auswirkt?

- 2) Welche flankierenden Maßnahmen werden getroffen, um die Struktur der übernehmenden Dienststellen an die geänderten Erfordernisse anzupassen?
- 3) Können Sie am Beispiel der aufzulassenden oberösterreichischen Posten darlegen, welche Zeiteinbußen durch längere Anfahrten bei Einsätzen konkret zu erwarten sind?